

Haar-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Das „Haar-Zeitung“ erscheint als halbes Bogenblatt wochentlich. Der monatliche Bezugspreis (auch beim Bestelle 1.00 Reichsmark, ohne Postgebühren) eines Bogenblattes 1.20 Reichsmark, auch bei Post 2.10 Reichsmark u. 20 Pfennige Postgebühren. Einzelheft 10 Pfennige. Abonnements: Jahrs 12 Reichsmark. Die Postgebühren werden nach Abnahme-Zettel berechnet, die Hälfte 0.65 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Verhandlungen und Redaktionsprogramm.
Die innerpolitische Lage charakterisiert sich dahin, daß vor der Stellungnahme der Sozialdemokratischen Fraktion zum Fürstentumpromiß mit keiner Klärung zu rechnen ist. Die Forderung nach Reichstagsauflösung wird jetzt von Sozialdemokraten und Demokraten gemeinsam erhoben, was immerhin zu beweisen scheint, daß beide Parteien mit einem Scheitern der Kompromißverhandlungen bereits rechnen.

Am Ende der letzten Woche hat der deutsche Industrie keine neuen Kreditverhandlungen aus Amerika gebracht. Seit mehr als vier Wochen liegen allein von der Großberliner Industrie für fast 50 Millionen Dollar unerledigte Kreditanträge in New York vor.

Am Bahnhof Berlin-Karlshorst kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen einer großen Anzahl kommunistischer Demonstranten und zehn Beamten der Schutzpolizei. Die Lage wurde für die Beamten so gefährlich, daß sie auf Befehl ihres Führers eine Schützenlinie bildeten und Befehl zum Schießen und Feuer erhielten. In diesem Augenblick ergreiften die Demonstranten die Flucht, es sollen aber drei Kommunisten durch Bajonettschläge verletzt worden sein.

Wie eine demokratische Zeitungskorrespondenz mitteilt, hat die gestern gemeldete Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Heß Gegenstand von Erörterungen im auswärtigen Ausschuss des Reichstages gebildet. Die Reichsregierung soll beabsichtigen, sich wegen dieser Rede amtlich mit den bayerischen Staatsorganen zu beschäftigen.

Das französische Kriegsgericht in Mainz verurteilte den Regimentsführer aus Mainz zu sechs Monaten Gefängnis, weil er bei einem Streik mit französischen Soldaten einem Unteroffizier eine Dohrkeule verleiht hatte.

In Bingen, Bixdorf, Kreuznach und Lachert haben die Besatzungsmächte fährliches Gelände angeordnet für die Anlegung von Leuchtsäulen und Munitionslagerbauten der Truppen. — Der beste Beweis, daß weder Franzosen noch Belgier noch auch die Engländer an völlige Räumung denken.

Der Pariser Matin meldet, daß Montag früh der Oberste Militärat in Versailles zusammengetreten ist. Marshall Foch hat den Vorsitz. Das Gutachten des Militärates über die deutsche Entlohnung soll Donnerstag dem Reichspräsidenten vorgelegt werden. Der Vorsitzende der Kontrollkommission für Deutschland, General Wally, trifft heute in Paris ein.

Der Londoner Daily Telegraph meldet aus Buenos Aires: In zahlreichen Volksversammlungen der Oppositionsparteien wurde der Austritt des Präsidenten gefordert und seine Verantwortung vor dem Staatsgerichtshof, weil er entgegen dem klaren Willen der Volksvertretung Argentiniens Wiedererziehung auf der Wählerbindung angeordnet hat. Im Senat liegen zwei Anträge vor, die Argentinien formellen Austritt aus dem Völkerbund verlangen.

In Genf ist der vorbereitende Ausschuss für die internationale Wirtschaftskonferenz zusammengetreten. Den 23 Staaten angehören, darunter Deutschland. An Stelle des erkrankten Präsidenten Mor (Schweizer, vom Völkerbund gewählt) führte der vom Ausschuss gewählte Biederstein (Belgier) die Verhandlungen. Biederstein ist seine Meinung über das Programm der Wirtschaftskonferenz erzieht.

Unter dem Vorsitz des früheren österreichischen kaiserlichen Botschaftssekretärs und unter Mitwirkung des Grafen Gedenhos-Kalezi und einer Anzahl anderer Persönlichkeiten der Friedensbewegung wurde eine „Pan-europäische Union in Oesterreich“ gebildet.

Zu der englischen Bergarbeiter empfang der Premierminister Baldwin die Gewerkschaftsvertreter, um ihnen seine Vorschläge zu machen. Danach empfing er die Grubenbesitzer. Man war selbstern als klein wenig hoffnungsvoller, daß der gefürchtete Generalstreik vermieden werden könne.

Der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages.



Unsere Aufnahme zeigt die Teilnehmer an der Unterzeichnung des deutsch-russischen Abkommens im Auswärtigen Amt (Berlin) unmittelbar nach der Unterzeichnung am 24. April 1926. (1) Staatssekretär von Schubert, (2) Ministerialdirektor Gaus, (3) Dr. Stresemann, (4) russischer Botschafter Krestinski, (5) russischer Botschafter Brodowski.

Der Wortlaut des Vertrages.

Der zwischen Deutschland und Rußland in Berlin abgeschlossene Vertrag hat folgenden Wortlaut:

„Die deutsche Regierung und die Regierung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, aus dem Zwecke abzuleiten, daß sie sich um die Befriedigung des allgemeinen Friedens zu bemühen kann, und in der Überzeugung, daß das Interesse des deutschen Volkes und der Völker der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, eine stetige vertrauensvolle Zusammenarbeit erfordert, sind übereingekommen, die zwischen ihnen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen durch einen besonderen Vertrag zu betätigen, und haben zu diesem Zweck zu Bevollmächtigten ernannt: Die deutsche Regierung den Reichsminister des Innern Herrn Dr. Gustav Stresemann, die Regierung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken den außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken Herrn Nikolai Nikolajewitsch Krestinski, die nach Austausch ihrer in guter und gehoriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart haben:

Artikel I.

Die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken bleibt der Vertrag von Rapallo. Die deutsche Regierung und die Regierung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken werden in freundschaftlicher Fühlung miteinander bleiben, um über alle ihre beiden Länder gemeinsam bestehenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verständigung herbeizuführen.

Artikel II.

Sollte einer der vertragsschließenden Teile trotz friedlichen Verhaltens von einer dritten Macht oder von mehreren dritten Mächten angegriffen werden, so wird der andere vertragsschließende Teil während der ganzen Dauer des Konfliktfalls Neutralität beobachten.

Artikel III.

Sollte aus Anlaß eines Konfliktes der in Artikel II erwähnten Art oder aus einer Zeit, in der sich keiner der vertragsschließenden Teile in freierwilliger Bemühen befindet, zwischen dritten Mächten eine Koalition zu dem Zwecke gebildet werden, gegen einen der vertragsschließenden Teile einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, so wird sich der andere vertragsschließende Teil einer solchen Koalition nicht anschließen.

Artikel IV.

Dieser Vertrag soll ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt für die Dauer von fünf Jahren. Die beiden vertragsschließenden Teile werden sich rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist über die weitere Geltung ihrer politischen Beziehungen verständigen. In diesem Falle haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

— Ausgetauscht in doppelter Urschrift in Berlin am 24. April 1926. —
Dr. Stresemann. — Krestinski.

Die deutsche Begleitnote.

Dem vorstehenden Vertrage ist eine deutsche Note und die daraufhin erfolgte russische Antwortnote beigefügt, die das Einverständnis Rußlands mit der deutschen Note anspricht. Die deutsche Note lautet wie folgt: „In diesem Sinne (der Erklärung des allgemeinen Friedens) haben die beiden Regierungen auch die gegenseitlichen Fragen erörtert, die mit dem Status-Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängen. Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund kein Hindernis für die freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken bilden kann. Der Völkerbund ist seiner grundlegenden Idee nach zur friedlichen und gerechten Ausgleitung internationaler Gegensätze bestimmt. Die deutsche Regierung ist entschlossen, an der Bewirkung dieser Idee nach Kräften mitzuwirken.“

Amerika ist unzufrieden.

Zus Washington wird gemeldet: Der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages findet hier große Beachtung. In der Presse kommt angelehrt der Annäherung Berlins an Moskau gewisse Bedenken zum Ausdruck, was bei der noch immer anhaltenden intensiven Gegenarbeit der maßgebenden amerikanischen Stellen gegen die Sowjetregierung nicht wundernehmen kann. „Washington Star“ schreibt, Deutschland könne sich wohl kaum über ein gewisses Reliktament wundern, das in London und Paris als Folge dieses Vertragsabschlusses aufgenommen sei. Ein Teil des Mißtrauens, das man gegen die Sowjets empfinde, werde sich notwendigerweise auf jede Regierung übertragen, die sich in so enge Beziehungen mit Moskau einlasse.

Wiederankommen des russischen Panislaismus.

Die in Paris erscheinende „Revue des Balkans“ veröffentlicht in ihrer letzten Nummer ein Interview mit dem Sowjet-Botschafter Krestinski. Krestinski vertritt darin die Ansicht, daß die beste Grundlage für eine Verständigung der Balkanländer mit der Sowjetunion die Einigung der Balkanländer über die gemeinsamen weitgehenden Neutralitätsverträge, analog dem mit der Türkei geschlossenen, vereinbaren würde. Im Interesse der internationalen Kontinuität müßten sich die Balkanländer Klubhandeln. Selbst diejenigen Balkanländer, die aus dem Vertrage mit einem beträchtlichen Selbstunvermögen herorgegangen seien, befinden sich in förmlicher wirtschaftlicher Lage, und während sie weiterhin ihre politische Unabhängigkeit bewahren, werden sie mehr und mehr vom ausländischen Kapitalismus unterworfen. Das Selbstmittel liegt er in einem Verband der Balkanländer, in dem die Völker aller Klassen des Balkans eine wirkliche Gleichheit erzielten.

Russlands sonstige Neutralitäts-Verhandlungen.

Wie aus Moskau der Vertreter der kopenhagener „Berliner Tribüne“ berichtet, ermöglicht die Sachverständigen der Außenministerien in London, Paris, Brüssel und Venedig gemeinsame Verhandlungen über einen Neutralitätsvertrag anzuknüpfen.

Die russischen Neutralitätsverhandlungen mit Finnland sind von letzteren abgebrochen worden. Somit ist Russlands Neutrität nur durch den oben erwähnten Vertrag zu erreichen, was auf einen festen europäischen Druck an sich selbst und nicht an sich selbst, daß die gleichzeitig verhandelnden russischen Verhandlungen mit den übrigen russischen Nachbarstaaten aus dem gleichen Grund ebenfalls scheitern werden. England legt seine Einfussungspolitik gegen Russland fort.

Italien rüstet.

Der Korrespondent des „Korrespondenten“ in Chicago erklärt von unterzeichneten Welt aus Italien, das italienische Kriegsministerium habe ein schnelleres Ausarbeiten der Truppenkonzentrationspläne und der Mobilisationspläne beschlossen, damit von Rom alle Befehle über die Konzentration der Truppen bis zu den verschiedenen Divisionen arbeitsam und sicherem Eile. Eine vollständige Zeitung habe erklärt: Entweder alle Europa Staaten freiwillig Kolonien oder dieses werde sie sich früher oder später mit Gewalt holen.

In welcher Richtung die Wölfe Italiens gehen, darüber gibt ein in der bedeutendsten italienischen Zeitung, dem „Avvenire“, veröffentlichtes Interview mit dem Bruder Wulffolins weitere Aufklärung. Erklärt Wulffolin folgende Aussagen: „Italiens Plan Italien, das eine so große Bevölkerungsstärke aufweist, nicht genügend. Italien denke seine Macht zu erhalten, das was große Vorkämpfer aufwiese und ungenügend besitze sie, und es denke an Griechenland, das von Frankreich nicht kolonisiert werden könnte. Aus einer Umfrage des Korrespondenten bezüglich der italienischen Ansprüche auf Tunis antwortete Wulffolin, daß Italien stattdessen daran denken werde, aber erst später. Die Italiener sei die Forderung neuer Kolonien eine unpopuläre Forderung. Italien sei bei der Aufstellung des Wegs zu spät gekommen. Die Aufstellung könne aber eines Tages revidiert werden. So handle sich bei dieser Politik nicht um Imperialismus, sondern um den einfachen Selbstverteidigungsinstinkt.“

Von dem kritischen Punkt hat der kleine Bruder Flugzeuge nicht geteilt: von den italienischen Fliegern auf türkisches Gebiet, auch nicht von den Gerben sehr verdächtigen Maßnahmen italienischer Offiziere und Ingenieure an der türkisch-albanischen Grenze und nicht von den durch türkische Waffenspezialisten unterzeichneten Berichten über die türkische Fliegerei, die im letzten Oktober in der Türkei auf dem Balkan geschickten. Was sich die Türkei dabei denkt, ergibt sich aus der Mobilisation von 200 000 türkischen Truppen in dem von Italien-Orientand bedienten Hinterland des Pelion von Smyrna. Die Türkei erklärt zwar, es handle sich um die üblichen jährlichen Manöverübungen, was dann folgende Werbung von Interesse ist:

Im Widerspruch mit den beruhigenden Erklärungen der türkischen Gesamtheit über die Truppenumstellungen der Türkei steht die Tatsache, daß auch Montag früh wieder einige 50 türkische Staatsangehörige mit Einberufungsbefehlen zum Anhalter Bahnhof aus Berlin verlassen haben.

Auch das auffällige Entgegenkommen der Türkei in den 3. in der türkischen Hauptstadt Anzora stattfindenden Verhandlungen mit England über das zwischen den beiden Staaten freigelegte Gebiet ist kaum zu erklären, als aus dem Munde der Türkei, im Falle eines italienischen

angriffes nicht auch noch von den Engländern angegriffen zu werden. England einseitig bemutigt die italienischen Angriffspläne, um von der Türkei einseitig den Hauptteil des Neutralitätsgebietes und die wertvollen Besitzungen zu erhalten, sowie um das Bündnis zwischen England und Italien zu erhalten. Auch ein solches Bündnis ist einseitig englischerseits zu Stande zu bringen, wenn England es nicht will, sondern die Verhandlungen für England nur den bisherigen Vorteil bringt. (Das ist nicht zu dem Geiste von Locarno passen, sondern weitere Schritte zum Kampf gegen Russland sind, macht den Engländern wenig Kopfschmerzen.)

Die Not der Landwirtschaft.

Im preussischen Landtag wurde gestern die Debatte über den Landwirtschaftsbericht, einen der wichtigsten preussischen Haushaltsentwürfe, vorangetragen. Die Not der Landwirtschaft ist ein Thema, das seit langem in den Diskussionen der Reichstageskammern einen großen Platz einnimmt. Die Sozialdemokraten sind der Ansicht, daß die Landwirtschaft sich grundsätzlich der Förderung zuwenden sollte, die sie durch den Staat erhalten kann. Sie verlangen, daß die Landwirtschaft möglichst rasch in die Wege geleitet werde, um die Produktion zu steigern. Sie fordern, daß die Steuerlasten von den Kleinrentnern herabgesetzt werden und daß die Agrarfrage ein wichtiger Bestandteil der Sozialpolitik werde. Die Sozialdemokraten sind der Ansicht, daß die Landwirtschaft sich grundsätzlich der Förderung zuwenden sollte, die sie durch den Staat erhalten kann.

Die deutsch-nationale Sprecher verlangte Umkehrung der finanziellen Verantwortung der Landwirtschaft zum jüdischen Grundbesitz, um zu vermeiden, daß die Landwirtschaft durch die jüdischen Grundbesitzer in die gleiche finanzielle Lage versetzt werde, die die jüdischen Grundbesitzer in der Landwirtschaft einnehmen. Die jüdischen Grundbesitzer sind der Ansicht, daß die Landwirtschaft sich grundsätzlich der Förderung zuwenden sollte, die sie durch den Staat erhalten kann.

Mit diesen programmatischen Wünschen war die Zustimmung des Zentrumredners, Minister a. D. Hermes, der besonders die Not der Landwirtschaft und der damit verbundenen Not der Kleinrentner, der jüdischen Grundbesitzer und der Bauernführer Wackhoff de Weste. Letzterer hielt einen nächtigen Vortrag über die Landwirtschaft, aus dem sich ergibt, daß die Landwirtschaft in der Landwirtschaft ein wichtiger Bestandteil der Sozialpolitik werden und die Agrarfrage ein wichtiger Bestandteil der Sozialpolitik werden sollte.

Für die deutsche Volkspartei stellte Graf zu Stolberg fest, daß die bisherige Verwaltung der Agrarfrage im allgemeinen den Gegnern der Volkspartei nicht gegeben hätte. Er bezeichnete nur die Zulie für Wein, Gartenprodukte und Viehfuhr für unzureichend.

Die Debatte wird am Dienstag fortgesetzt.

Die preussischen Staatseinnahmen.

102,5 Millionen Reichsmark. Die Einnahmen des preussischen Staates betragen nach einer neuen statistischen Ermittlung 102,5 Millionen Reichsmark. Dies ist ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 10 Millionen Reichsmark. Die Ausgaben des preussischen Staates betragen 112,5 Millionen Reichsmark. Die Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben beträgt 10 Millionen Reichsmark.

Die hohen Verzugszinsen der Rentenkassen.

In einer großen Anfrage verlangt die deutsch-nationale Fraktion des Reichstages, daß der Erlaß des Reichsoberfinanzministeriums, wonach die Rentenkassen für rückständige Beiträge Verzugszinsen von 10 Prozent je Woche erheben sollen, dahin abgeändert werde, daß die Rentenkassen Verzugszinsen in Anrechnung an den für Steuer rückstände geltenden Zinssatz festsetzen. Auf die Reichsregierung soll in Richtung einer Annullierung ihrer Grundbesitzgebende Verordnung für die Fälle an die ursprünglichen Verhältnisse eingewirkt werden.

Wertunterricht der Lehrer.

Wie der preussische Unterrichtsminister in einem Erlass mitteilt, ist der Wertunterricht in den oberen Jahrgängen der Volksschule (Lehrplannämliche) auch im Schullehrerlehre (weiteren Kreisen der Lehrerschaft) die Erwerbung des für die Erteilung dieses Unterrichts erforderlichen Zeugnisses zu ermöglichen, hat der Minister gefastet. In der Ausbildung durch den Besuch von Lehrgängen in verschiedenen Jahren ermöglicht wird.

Der amerikanische Senat hat mit 55 gegen 20 Stimmen das Abkommen mit Belgien über dessen Kriegsschiffe an Amerika gebilligt. In den Vereinigten Staaten ist die Billigung der amerikanischen Schiffbauunternehmen für die Verleihung von Kriegsschiffen an die Vereinigten Staaten im letzten Jahr im Kongress abgelehnt. Frankreich hat die Billigung mitgeteilt, mit England ein vorläufiges Abkommen über Zahlung von 4 Millionen (40 Millionen Mark) für das Jahr 1926 geschlossen. Wenn man diese Summe mit den 1-2 Milliarden jährtlichen deutschen Demoschationen vergleicht, wird man, was man will, das was die Deutschen für die Kriegsentschädigung zu zahlen hat.

Wie Amerika den Milchverbrauch fördert

Milch ist das beste und gesundeste Nahrungsmittel, das für die Volksernährung zur Verfügung steht. In Amerika ist die Milchproduktion in den letzten Jahren stark gestiegen. Dies ist das Ergebnis einer gezielten Förderung durch den Staat. Die Regierung hat verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Milchproduktion zu steigern. Dazu gehören die Einführung von Subventionen für Milchproduzenten, die Verbesserung der Milchhygiene und die Förderung der Milchverarbeitung. Diese Maßnahmen haben dazu beigetragen, den Milchverbrauch in Amerika zu steigern.

Die Förderung der Milchproduktion ist ein wichtiger Bestandteil der amerikanischen Landwirtschaftspolitik. Die Regierung hat verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Milchproduktion zu steigern. Dazu gehören die Einführung von Subventionen für Milchproduzenten, die Verbesserung der Milchhygiene und die Förderung der Milchverarbeitung. Diese Maßnahmen haben dazu beigetragen, den Milchverbrauch in Amerika zu steigern.

Die Förderung der Milchproduktion ist ein wichtiger Bestandteil der amerikanischen Landwirtschaftspolitik. Die Regierung hat verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Milchproduktion zu steigern. Dazu gehören die Einführung von Subventionen für Milchproduzenten, die Verbesserung der Milchhygiene und die Förderung der Milchverarbeitung. Diese Maßnahmen haben dazu beigetragen, den Milchverbrauch in Amerika zu steigern.

Mode und Modebilder aus der Vergangenheit.

Von Hans von Gontow. Mode bedeutet aus ferne Rindgen Modifizierung, Veränderung, Wandel in der Zeit. In diesem Sinne kann man sich nicht von einer mittelalterlichen Mode sprechen. Die Grundformen, die zum Teil noch auf altindische Kostüme zurückzuführen sind, haben sich im Laufe der Jahrhunderte verändert. Die Mode der Vergangenheit war geprägt von Einfachheit und Zweckmäßigkeit. Die Frauen trugen einfache Kleider, die ihren Körper schmeichelten, aber nicht übermäßig dekoriert waren.

In der Mode der Gegenwart hat sich ein Wandel vollzogen. Die Mode ist heute viel vielfältiger und komplexer. Sie spiegelt die gesellschaftlichen Veränderungen und die Individualität der Menschen wider. Die Mode der Gegenwart ist geprägt von Experimentierfreude und Kreativität. Sie ist ein Ausdruck der Persönlichkeit und ein Spiegelbild der Zeit.

In der Mode der Gegenwart hat sich ein Wandel vollzogen. Die Mode ist heute viel vielfältiger und komplexer. Sie spiegelt die gesellschaftlichen Veränderungen und die Individualität der Menschen wider. Die Mode der Gegenwart ist geprägt von Experimentierfreude und Kreativität. Sie ist ein Ausdruck der Persönlichkeit und ein Spiegelbild der Zeit.

Die Mode der Vergangenheit war geprägt von Einfachheit und Zweckmäßigkeit. Die Frauen trugen einfache Kleider, die ihren Körper schmeichelten, aber nicht übermäßig dekoriert waren. Die Mode der Gegenwart ist geprägt von Experimentierfreude und Kreativität. Sie ist ein Ausdruck der Persönlichkeit und ein Spiegelbild der Zeit.

Die Mode der Vergangenheit war geprägt von Einfachheit und Zweckmäßigkeit. Die Frauen trugen einfache Kleider, die ihren Körper schmeichelten, aber nicht übermäßig dekoriert waren. Die Mode der Gegenwart ist geprägt von Experimentierfreude und Kreativität. Sie ist ein Ausdruck der Persönlichkeit und ein Spiegelbild der Zeit.

Die Mode der Vergangenheit war geprägt von Einfachheit und Zweckmäßigkeit. Die Frauen trugen einfache Kleider, die ihren Körper schmeichelten, aber nicht übermäßig dekoriert waren. Die Mode der Gegenwart ist geprägt von Experimentierfreude und Kreativität. Sie ist ein Ausdruck der Persönlichkeit und ein Spiegelbild der Zeit.

Die Mode der Vergangenheit war geprägt von Einfachheit und Zweckmäßigkeit. Die Frauen trugen einfache Kleider, die ihren Körper schmeichelten, aber nicht übermäßig dekoriert waren. Die Mode der Gegenwart ist geprägt von Experimentierfreude und Kreativität. Sie ist ein Ausdruck der Persönlichkeit und ein Spiegelbild der Zeit.

Die Mode der Vergangenheit war geprägt von Einfachheit und Zweckmäßigkeit. Die Frauen trugen einfache Kleider, die ihren Körper schmeichelten, aber nicht übermäßig dekoriert waren. Die Mode der Gegenwart ist geprägt von Experimentierfreude und Kreativität. Sie ist ein Ausdruck der Persönlichkeit und ein Spiegelbild der Zeit.

Die Mode der Vergangenheit war geprägt von Einfachheit und Zweckmäßigkeit. Die Frauen trugen einfache Kleider, die ihren Körper schmeichelten, aber nicht übermäßig dekoriert waren. Die Mode der Gegenwart ist geprägt von Experimentierfreude und Kreativität. Sie ist ein Ausdruck der Persönlichkeit und ein Spiegelbild der Zeit.

Hochschulnachrichten.

Berlin. Der bekannte Berliner Zoologe Dr. Eduard Selenka ist von der Königl. Universität Bonn als Honorarprofessor für zoologische Zoologien eingeladen worden. Selenka ist ein führender Experte für die Zoologie und hat zahlreiche wichtige Entdeckungen gemacht. Seine Berufung nach Bonn ist eine Anerkennung seiner wissenschaftlichen Leistungen.

Berlin. Der bekannte Berliner Zoologe Dr. Eduard Selenka ist von der Königl. Universität Bonn als Honorarprofessor für zoologische Zoologien eingeladen worden. Selenka ist ein führender Experte für die Zoologie und hat zahlreiche wichtige Entdeckungen gemacht. Seine Berufung nach Bonn ist eine Anerkennung seiner wissenschaftlichen Leistungen.